

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
im Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Verlags-Bureau).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 55.

Berlin, Sonnabend, 13. Juli 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

### Inhalts-Verzeichnis.

Ein neuer Kurs? — Eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse. — Die verlässliche Einschätzung der Arbeitsleistung. — Politische Vorgänge eines Eisenarbeiters. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Ein neuer Kurs?

Noch immer steht der Rücktritt des Grafen Vosadowitz von seinem Amte als Staatssekretär des Reichsamts des Innern mit im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen. Man sieht daraus, eine wie marante Persönlichkeit der Graf im Parteigewesen ist. Von Tag zu Tag werden auch neue Gründe angegeben, die die Amtsniederlegung des Ministers der Sozialpolitik veranlaßt haben sollen. Und wenn man den verschiedenen Gerüchten Glauben schenken darf, dann bedeutet die Veränderung im Reichsamt des Innern mehr als einen Wechsel der Personen; denn ist zu befürchten, daß auch ein Wechsel im System geplant wird. Wir haben niemals Zweifel darüber gelassen, was uns vom Grafen Vosadowitz trennt. Wir haben aber zugeben müssen, daß er für die Sache der Arbeiter wenigstens Verständnis besaß und vielleicht mehr geleistet hätte, wenn nicht von anderer Stelle aus fortwährend gedrückt worden wäre. Jetzt hat es den Anschein, als wenn der Rücktritt Vosadowitz's deswegen erfolgt wäre, weil er manchen noch zu sozialreformerisch erschienen ist, und als ob man das Tempo in der Sozialpolitik noch mehr verlangsamten wollte.

Vor einigen Tagen brachte der nationalliberale „Dannov. Kurier“ längere Ausführungen, in denen geschilbert wurde, mit welchen Schwierigkeiten Graf Vosadowitz zu kämpfen hatte, wie ihm nicht allein seitens seiner Kollegen, sondern seitens der rechtstehenden Parteien fortwährend Knäuel zwischen die Beine geworfen wurden. Es heißt da u. a.:

„Der Sturm berührte sich dann ein wenig, um von neuem entlastet zu werden, als bei Gelegenheit der Berliner Heimkehrer-Ausschließung Graf Vosadowitz sein Verhältnis mit dem hier erschienenen Eisenbahnsprecher und von der Reichs-Rundschau eingeleitet wurde. Damals meinte Herr Dehnbach im Abgeordnetenhaus: man dürfe die Ergebnisse der Ausschließung auch nicht verallgemeinern, was ein Stieb gegen den Grafen Vosadowitz sein sollte; wie denn überhaupt die Opposition gegen ihn aus der Mitte des preussischen Ministerkollegiums immer wirksame Förderung fand.“

Es ist eine Verdrückung der Tatsachen, die durch häufige Wiederholung noch nicht zur Wahrheit wird, wenn man jetzt erzählt: Graf Vosadowitz habe mit dem Wind nicht zusammenarbeiten wollen. Aus dem Munde des zurückgetretenen, den die Unabänderlichkeit der öffentlichen Meinung schmerzte, hörten wir das Wort: „Man will nicht, daß die wahren Gründe bekannt werden.“ Die wahren Gründe, die zu zwei Dritteln, wie wir vermuten, auf persönlichen Gebiet liegen und zu einem Drittel trotz aller schönen Gelübde wohl auch auf sozialpolitischen. Denn wie wäre sonst das Verhalten zu erklären: es sei doch wohl kein Schade, wenn Knüttel gegen die Separationen und die schlechte Behandlung der Industrie durch den inneren Staatssekretär aufhörte?“

Das heißt also mit anderen Worten, daß die sozialpolitischen Anschauungen des Grafen Vosadowitz zu einem wesentlichen Teile mit seinen Rücktritt verhandelt haben. Diese Behauptungen finden eine wirksame Stütze in einer Zuschrift, die dem Leipziger Tageblatt von einer angeblich „mit den Verhältnissen vertrauten Seite“ zugegangen ist. Danach hätte zwischen dem Reichsminister und dem Grafen Vosadowitz zu keiner

Zeit eine wirkliche Sympathie bestanden. Vosadowitz sei von Anfang an dem Reichsminister als ein nicht genehmer Konkurrent erschienen und nur seine geistige Überlegenheit und die daraus resultierende Unentbehrlichkeit hätten ihn so lange in der Stellung gehalten. Vom Fürsten Bülow wird erzählt, daß er für die inneren Vorgänge immer nur ein platonisches Interesse bewiesen habe.

Wenn das alles richtig ist, so wären tatsächlich die Aussichten der sozialen Reform überaus trübe, und die Möglichkeit eines neuen Kurses wird denn auch von vielen Seiten nicht für ausgeschlossen gehalten. Selbst die „Soziale Praxis“, deren Herausgeber Professor Dr. Franke sich mit dem Reichsminister früher sehr gut fand, hat lebhafteste Befürchtungen für die Zukunft der Sozialpolitik geäußert, und manche Erscheinungen der neuesten Zeit sind in der Tat geeignet, schwere Bedenken wachzurufen. Da ist vor allen Dingen die auffällige Begünstigung der sogenannten gelben, von den Echarfmachern aller Art geförderten Gewerkschaften durch den Fürsten Bülow. Es ist kein Zufall, daß diese gemeinschaftlichen Gebilde, die jeder gesunden Arbeiterbewegung ein schweres Hindernis sind, in jeder Beziehung von den Regierungsorganen verhätschelt werden, lediglich deswegen, weil sie sich als Kampforganisationen gegen die Sozialdemokraten anpreisen. Das ist ein bedenkliches Zeichen. Auffallend ist es aber dann weiter, daß die Echarfmacher aller Schattierungen gerade jetzt mehr denn je auf dem Platze sind, um gegen die Sozialreform mobil zu machen. In einem Artikel: „Wer bezahlt es?“ rechnet die reaktionäre „Schle. Ztg.“ aus, daß jetzt im Deutschen Reich  $\frac{1}{2}$  Milliarde und ein halbes Hundert Millionen jährlich auf die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Invalidität aufgehen. Das steigt von Jahr zu Jahr und „werde bald die Kosten unserer Armee überflügeln“.

Das sind Wetterzeichen, die erkennen lassen, daß die Echarfmacher Morgenluft wittern. Sie halten ihre Zeit für gekommen und suchen das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist. Hätten sie nicht die Ueberzeugung, daß jetzt der geeignete Moment ist, so würden sie nicht von allen Seiten mit ihren arbeiterselbstlichen Plänen und Gedanken herandrücken. Nun, bei Wiedereröffnung des Reichstages wird sich ja bald zeigen, woher der Wind weht. Eine Fülle sozialpolitischer Fragen harret ihrer Lösung. Die Einführung des gesetzlichen Feiertages für Frauen ist für die aller nächste Zeit in Aussicht gestellt worden. Die Ummartung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungs-gesetze sollte ebenfalls in absehbarer Zeit vorgenommen werden. Wir erinnern ferner an das Reichs-Berechtigungs-gesetz, das dem Reichstage alsbald vorgelegt werden soll. Und so gibt es noch eine Reihe anderer Fragen, deren baldiger Erledigung man in Arbeitertreuen mit Spannung entgegenfieht.

Wenn Fürst Bülow und der neuernannte Staatssekretär von Bethmann-Hollweg gewillt sind, in den Bahnen des Grafen Vosadowitz weiter zu wandeln, so haben sie Gelegenheit genug, dies durch Taten zu bezeugen. Setzt nicht in der kommenden Gesetzgebungsperiode eine energische sozialpolitische Tätigkeit ein, so dürfte damit der Beweis erbracht sein, daß die Echarfscher recht haben, die im

Wechsel der Personen in der Leitung des Reichsamts des Innern auch einen Wechsel im System erblicken. Das könnte aber verhängnisvoll werden für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes. L. L.

### Eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ soll in Ungnade gefallen sein. Während er bisher die einzige Zeitung war, die dem Kaiser als Lesetüre diente — sonst werden ihm nur Zeitungsauschnitte vorgelegt — soll er jetzt durch die „Tägliche Rundschau“ verdrängt worden sein. Vielleicht ist es der Kerger über diese Zurücksetzung, die das Echarfblatt zu der Meldung veranlaßt hat, daß man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken trägt, falls das Ergebnis der Fahrkartensteuer auch in der jetzigen Reichstagssitzung unberücksichtigt bleibt, auch die 4. Klasse von einem gewissen Betrage ab zur Fahrkartensteuer heranzunehmen, um einer weiteren Abwanderung aus der 3. in die 4. Klasse möglichst vorzubeugen. Von anderer Seite wurde freilich mitgeteilt, daß von dem angegebenen Plan weder im Reichsamt noch im preussischen Finanz- oder Eisenbahnministerium das mindeste bekannt sei. Indessen der „Lokalanzeiger“ hat sich bisher in derartigen Fragen leider noch immer als gut unterrichtet gezeigt, und die Tatsache, daß ähnliche Mitteilungen auch von anderen Zeitungen gebracht wurden, läßt es doch ratsam erscheinen, die Sache im Auge zu behalten. Denn schon öfter sind Pläne, die durch die Unvorsichtigkeit eines anfragenden Journalisten ausgeplaudert worden sind, nachher trotz vorhergegangener Dementierung im Parlamente wieder aufgetaucht.

Die ganze Angelegenheit fordert dringend zu einer Kritik heraus. Als vor einem Jahr, bevor die Fahrkartensteuer noch eingeführt war, darauf hingewiesen wurde, daß dieselbe schädlich wirken und höchstens eine Abwanderung in die unteren Klassen zur Folge haben werde, da laßte man einfach über diesen Einwand. Ja, ein höherer Eisenbahnbeamter glaubte ihn sogar damit abtun zu können, daß er erklärte, die Reisenden der 3. Klasse würden schon deswegen nicht in die 4. Klasse gehen, weil da Plätze seien. Er selbst sei einmal 4. Klasse gefahren und sofort hätte er welche gehabt. Nun, die Erfahrung zeigt, daß das große Publikum anderer Meinung ist als dieser Beamte. Die Zuwanderung nach der 4. Klasse ist eine derartige gewesen, daß jetzt offenbar die Regierung deshalb zu einer Besteuerung auch dieser niedrigen Klasse schreiten will. Mit den Plänen kann es also nicht so schlimm gewesen sein, und jener hohe Beamte hat sich diese kleinen Tierchen wohlwollend geahndelt.

Doch Echarf beiseite! Sollte wirklich die Möglichkeit bestehen, eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse von einem gewissen Betrage ab einzuführen, so müßten die Arbeiter dagegen ganz entschiedenen Protest erheben. „Von einem gewissen Betrage ab“ heißt doch, daß gerade die teuren Fahrten für Fernreisen besteuert werden sollen. Wenn also jemand aus irgend einem Grunde eine längere Reise unternehmen muß, — und der Arbeiter tut das in der Regel nicht zu seinem Vergnügen — dann soll er neben der teuren Fahrkarte noch eine Extrasteuer bezahlen. Also immer und immer wieder eine Belastung der ärmsten Schichten des Volkes. Als seinerzeit die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, da sollte das geschehen, um des allgemeinen Verkehrs- und Volksinteresses willen. Jetzt ist die Eisenbahn anscheinend nicht mehr da, den Verkehr zu fördern, sondern lediglich um als Steuerquelle zu dienen. Auch das ist ein Stück Sozialpolitik, das charakteristisch für den jetzigen Kurs ist. L. L.





### Die vorsätzliche Einschränkung der Arbeitsleistung.

Zeit einigen Jahren wird behauptet, daß namentlich seitens der Arbeiter versucht werde, ihre Arbeitsleistung in einem gegebenen Zeitraum zu verringern, um möglichst viele Arbeiter möglichst lange beschäftigt zu erhalten. Um die Berechtigung dieser Behauptung zu prüfen, hat das Arbeitsamt der nordamerikanischen Union in Washington in den Vereinigten Staaten und England Erhebungen angestellt, deren Ergebnis im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird.

Ueber den Umfang dieser Einschränkung ist daraus so gut wie nichts zu erkennen. Dagegen wird in dem Bericht, auf den wir uns in folgendem beziehen, eine interessante Schilderung der verschiedenen Mittel gegeben, welche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Beschränkung der Arbeitsleistung angewendet werden. Soweit es sich um Versuche der Arbeitgeber handelt, kommt es durchweg darauf an, durch Verminderung der Arbeitsintensität eine Einschränkung herbeizuführen. Dabei ist unter Arbeitsintensität nicht nur das Maß der Körperlichen und geistigen Anstrengung des Arbeiters zu verstehen, sondern noch andere Faktoren, die die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters zu beeinflussen geeignet sind, wie die Anwendung von Maschinen, die Arbeitsteilung, überhaupt die gesamte Organisation der Arbeit sind dazu zu rechnen. Die Arbeitnehmer bezwecken mit der Verminderung der Arbeitsintensität in erster Linie, die Arbeitsleistung auf einen größeren Zeitraum auszu dehnen, um dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit und dauernde Beschäftigung, möglichst das ganze Jahr hindurch zu haben und ferner ihre körperliche Arbeitsfähigkeit durch Verminderung übermäßiger Anstrengungen möglichst lange zu bewahren. Als Kampfmittel ist die Einschränkung der Arbeitsleistung nur ganz vereinzelt in England zur Anwendung gekommen.

Die einfachste Form der Verminderung der Arbeitsintensität besteht in langsamerer Arbeit. Es werden aber auch Fälle verzeichnet, in denen die Anwendung von gewissen Maschinen seitens der Arbeiter gänzlich verboten oder beschränkt, oder die Einführung neuer und verbesserter Maschinen widerstrebt wurde. In anderen Fällen wurde für die Bedienung einer Maschine eine größere Anzahl von Personen verlangt. Besonders deutlich aber tritt die Neigung zur Verringerung der Arbeitsleistung im Verhalten der Arbeiter gegenüber gewissen Entlohnungsmethoden hervor. So wird namentlich dem Stücklohsystem vielfach heftiger Widerstand entgegen gesetzt. Ganz besonders aber richtet sich die Abneigung der Arbeiter gegen die Gewährung von Prämien. Es gibt ferner aber auch in England und in den Vereinigten Staaten in einigen Gewerben, wie in der Eisengießerei, der Maschinenindustrie, dem Bau- und Konfektionsgewerbe Arbeiterorganisationen, welche auch für die gegen zeitliche beschäftigten Arbeiter eine Höchstgrenze der täglichen Arbeitsmenge festgesetzt haben. Mehrfach hat man auch die Einführung von Mindestlöhnen durchzusetzen versucht, die so hoch sind, daß es unrentabel erscheint, auch den leistungsfähigeren Arbeitern höhere als die Mindestlöhne zu zahlen.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Versuche nur da von Erfolg gekrönt sind, wo starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind, die verhindern, daß der Arbeitgeber einseitig seinen Herrschaftspunkt vertritt. Es ist ferner selbstverständlich, daß die Bewegungsfreiheit des Arbeitgebers am meisten dort eingeschränkt ist, wo die Arbeiterorganisationen einen für die Arbeitgeber obligatorischen Arbeitsnachweis eingeführt haben. In solchen Fällen muß der Arbeitgeber diejenigen Arbeiter einstellen, welche ihm zugewiesen werden, auch alte und leistungsunfähige Personen.

In dem von dem nordamerikanischen Arbeitsamt veröffentlichten Bericht werden aber ferner Mittel aufgeführt, die sowohl von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern benutzt werden. Dierher gehören alle diejenigen Bestrebungen, welche die Zahl der Produzenten oder Konkurrenten in einem Gewerbe beschränken wollen. So erstreben auf der einen Seite Unternehmerverbände einen „geschlossenen Markt“, auf welchem Konkurrenten, die nicht dem Verbande angehören, nicht verkaufen können, während andererseits Arbeiterorganisationen die Forderung nach der „geschlossenen Werkstatt“ erheben, in welcher Arbeiter, die nicht Mitglieder der Organisation sind, nicht beschäftigt werden sollen.

Was die Gründe anbetrifft, die sowohl von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Rechtfertigung der Versuche der Beschränkungen von Arbeitsleistung und Produktion angeführt werden, so betonen die Unternehmer vielfach die Notwendigkeit, nachteilige Schwankungen in der Produktion und im Absatz möglichst zu vermeiden, „stabile Verhältnisse“ zu schaffen. Außerdem führen sie an, daß „angemessene Gewinne“ erzielt werden müssen, damit das Kapital beruhtig werde, der Industrie nutzbar zu werden. Dieser Begründung seitens der Arbeitgeber entspricht bei den Arbeitern der Wunsch nach „angemessenen Löhnen“. Beide Parteien wollen ferner gewisse

„wohlverordnete Rechte“ wahren. Der Unternehmer, der sich Kapital durch neue aufstrebende Konkurrenten, und der gelernter Arbeiter, der die Früchte seiner Vehrzeit durch die Einstellung ungelerner Arbeiter gefährdet sieht, glaubt häufig berechtigt zu sein, sein Kapital oder seine Arbeitskraft durch Verhinderung des Aufkommens der Konkurrenz zu schützen. Für die von Arbeiterseite erstrebte Verminderung der Arbeitsintensität wird aber noch eine Reihe von anderen Rechtfertigungsgründen aufgeführt, eine derartige Beschränkung der Arbeitsleistung sei erforderlich, um die Gesundheit der Arbeiter zu bewahren, um den „Durchschnittsarbeiter“ zu schützen, um eine gute Qualität der hergestellten Produkte zu sichern, und um möglichst zahlreichen Arbeitern Beschäftigungsgelegenheit zu geben. Bezüglich der Ablehnung des Stücklohnsystems wird darauf hingewiesen, daß es unbillig sei, die Arbeitsleistung nach der Tätigkeit der kräftigsten und tüchtigsten Arbeiter zu beurteilen.

Interessant ist die weitere Mitteilung in dem amerikanischen Bericht, daß in einer Anzahl von Gewerben Tarifverträge abgeschlossen worden sind, in denen die Gewerksvereine sich ausdrücklich bereit erklärt haben, von aller vorsätzlichen Verminderung der Arbeitsleistung abzusehen. Mit der in den letzten Jahren eingetretenen größeren Ausbreitung der kollektiven Arbeitsverträge sind danach in den Vereinigten Staaten die Beschränkungen nach Verminderung der Arbeitsleistung weniger hervorgetreten als früher. In Großbritannien hat man diese Wirkung ebenfalls, wenn auch nicht im gleichen Maße, verspürt.

Es möge bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß das Arbeitsamt der nordamerikanischen Union sich bei seinem Bericht in der Hauptfrage auf die von Arbeitgebern gemachten Mitteilungen stützt. Daß dadurch der Bericht eine etwas partielle Färbung erhält und zwar zugunsten der Arbeitgeberorganisationen, ist ohne weiteres klar. Trotzdem lassen sich zwei gute Lehren daraus entnehmen: Der Bericht zeigt, welchen gewaltigen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse starke Organisationen gewinnen können, und gibt einen Ansporn auch für die deutschen Arbeiter, Alles daran zu setzen, die Reihen ihrer Organisationen zu stärken, um sich den geblühenden Einfluß des Unternehmerturn gegenüber zu sichern. Andererseits aber können die Unternehmer, die wirklich eine Verminderung der Arbeitsleistung konstatieren zu können glauben, gerade aus den letzten Ausführungen erkennen, daß der Abschluß von Tarifverträgen mit den Organisationen der Arbeiter auch für sie nur von Vorteil sein kann.

### Politische Maßregelung eines Staatsarbeiters.

In unserer letzten Nummer teilten wir mit, daß in dem sogenannten Württembergischen Baden einem Arbeiter Sch., — der vollständige Name ist Schäußle — welcher als sozialdemokratischer Stadtverordneter gewählt war, von seinem Arbeitgeber, dem Vorstand der Eisenbahnhauptwerkstätte, bedeutet worden ist, entweder als Stadtverordneter aus der sozialdemokratischen Partei auszuscheiden, oder den Staatsdienst zu verlassen. Sch. selbst, der kein wackelnder Klotz zu sein scheint, fürchte ab, wählte das erstere und trat aus der Partei aus. Darob erhob sich ein großer Entrüstungssturm weit über das rote Lager hinaus, und das mit vollem Recht. Zu dieser Angelegenheit geht uns aus Baden folgende interessante Zuschrift zu:

In einer in Karlsruhe einberufenen öffentlichen Versammlung stellte der Referent, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genl. Karlsruhe, die ganze Sache als eine Schandtat des Zentrums dar und sagte u. a. in seinem Referat: Die Regierung habe Angst bekommen vor der blöden Zentrumshetze und vor dem Zentrum den Kotan gemacht. Sie habe dem rasenden Zentrumsee ein Opfer gebracht durch die politische Maßregelung eines Staatsarbeiters. Die Haltung der Zentrumspresse und besonders des „Bad. Beob.“ im Falle Sch. zeigten deutlich, was vom Zentrum zu erwarten sei, wenn es die Macht bekommt. Bei der nächsten Wahl solle mit dem Stimmzettel in der Hand geredet werden. Eine eigenartige Illustration zu dem schwärzlichen Kartell in Bayern und speziell in der Pfalz!

Was uns als Gewerksvereiner bei der ganzen Sache interessiert, das ist die Maßregelung eines Arbeiters wegen seiner politischen Überzeugung durch einen Andersgestimmten, in diesem Falle durch seinen Arbeitgeber Staat. Wir stellen uns hier auf den Standpunkt der Demokraten Dr. Faas aus Karlsruhe, der diese Maßregelung auf das Schärfste verurteilt hat. Dennoch sei es uns gestattet, einmal zu prüfen, ob nicht der Sozialdemokratie die Schamröte ins Gesicht steigen muß, wenn sie das traurige Kapitel „Maßregelung wegen der Überzeugung“ aufschlägt. Hat nicht gerade diese Partei in zahllosen Fällen da, wo sie Regierung war, d. h. die Macht hatte, an Andersdenkenden genau so gehandelt? Können nicht Tausende ein Lied davon

singen, wie sie von der roten Regierung zu politischen Feindern gemacht wurden? Genau so wie hier Schäußle vom Staate gezwungen worden ist, das rote Gewand abzulegen, während er ruhig mit seinem roten Herzen Stadtverordneter bleiben kann, so hat die Sozialdemokratie Tausende von Arbeitern zu einem solchen Wäschewechsel gezwungen. Schäußle hat sich diesem Wäschewechsel sicher nicht aus Ueberzeugung unterzogen, sondern damit er Ruhe hat, damit ihm der Brotkorb erhalten bleibt. Genau so haben Tausende und Abertausende, die durch die roten Nachhaber gezwungen worden sind, einen solchen Wäschewechsel vorzunehmen, und noch tagtäglich dazu gezwungen werden, das getan, damit sie Ruhe haben. Andersfalls konnten sie den auf sie ausgeübten Druck nicht aushalten und hätten ihre Arbeitsstelle verlassen müssen. Bei den beiden maßregelnden Regierungen besteht also nur der Unterschied, daß die Gewänder verschieden gefärbt sind, die gewechselt werden müssen, und daß die eine Regierung Tausende maßregelt, während es sich bei der anderen hier nur um einen einzelnen handelt.

„Genosse“ G. C. begehrt eine solche Handlungsweise als erregend. Das mögen sich seine Gesinnungsbrüder merken, wenn Sie wieder einmal Gewerksvereiner wegen ihrer Ueberzeugung brotlos machen.

Uebrigens können wir Gewerksvereiner nach diesem Vorgange den Vorschlag für uns in Anspruch nehmen, daß die Ueberzeugungstreue bei uns härter ist als bei einem roten Stadtverordneten, da die meisten unserer Kollegen lieber auf ihren Brotkorb verzichten, um nur an ihrer Ueberzeugung festhalten zu können. Jedenfalls ist dieser Fall Schäußle durchaus geeignet, die „Genossen“ einmal zur Selbstprüfung zu mahnen. Unsere Kollegen mögen den Herren das Urteil Gerds über die Handlungsweise der badischen Regierung öfters unter die Nase reiben. Vielleicht ist noch Besserung möglich, wenn auch die Ausschüsse nur gering sind. Denn ehe sich die Sozialdemokratie von dem Fehler losgemacht hat, den sie heute der badischen Regierung vorwirft, eher dürfte die Zeit kommen, wo selbst in Preußen kein Staatsarbeiter mehr wegen derartiger Dinge gemahngelt wird.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 12. Juli 1907.

Die Nachfrage nach dem Verbandsorgan ist erfreulicherweise eine recht rege und läßt das Interesse der Verbandsmitglieder an den Verhandlungen und Beschlüssen deutlich erkennen. Da die Ausgabe bereits festgelegt ist, es andererseits aber wünschenswert erscheint, daß jeder Ortsverein im Besitze von mindestens einem Exemplar ist, fordern wir hiermit nochmals auf, Bestellungen auf das Protokoll unter Einbindung von 1 Mk. für das Exemplar sofort an den Verbandssekretär Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 gelangen zu lassen. Wir verweisen dabei nochmals auf die gediegene Ausstattung des Buches, das auch ein Bild förmlicher Teilnehmer am Verbandsstage enthält und rein äußerlich jeder Bibliothek zum Schmuck gereicht. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß auch noch Tätigkeitsberichte zum Preise von 10 Pf. für das Stück vom Verbandsbureau zu beziehen sind.

Der Begriff der Neutralität ist gegenwärtig Gegenstand der Diskussion im „Korrespondent“, dem Organ des deutschen Buchdruckerverbandes. Ein Kollege G. hatte in einem Artikel der Meinung Ausdruck gegeben, daß es doch „richtig“ sei, neben einem Kollegen zu sitzen und mit ihm über die Besserung unserer Lage zu beraten, der Anhänger einer Partei ist, die die „Wuchererträge“ billigt“. Dieser Kollege G. ist also Gegner der Neutralität und steht auf dem Standpunkte, daß alle Mitglieder des Buchdruckerverbandes auch Mitglieder der „alleinigen“ Arbeiterpartei, d. h. der Sozialdemokratie sein müssen. Eine treffende Antwort wird ihm darauf von einem anderen Buchdrucker G. Sch. zuteil, der in der letzten Nummer des „Korrespondent“ sagt:

„Ja, mein lieber G., ist es denn für den Nebenmann nicht gerade so richtig, wenn er sich neben den Anhänger jener Partei setzen muß, deren berufenste Vertreter mit samt ihrer Presse seit Jahren die Mitglieder des Verbandes bei der gesamten Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zu bringen suchen, unsere verdienten Forderungen, ja den ganzen „verantwortlichen Generalstab“ als Betrüger an der Arbeiterschaft bezeichnen, von der blöden Beschimpfung unseres Organs und seines talentvollen Redakteurs noch ganz zu schweigen, und wenn man dann mit diesem Nebenmann noch in ein Hoch auf die Solidität der Arbeiter einstimmen muß? Sie sehen, Kollege G., „richtig“ kann die Sache für beide Teile sein, und „lachen aus vollem Halse“ kann schließlich der eine wie der andere. In Wirklichkeit ist die Neutralität aber nur für den Kollegen richtig, der jeden als Ruppel und dumme Begehrnet, welcher nicht bei jeder Gelegenheit mit ihm in das feiste Horn bläst; für den Kollegen aber, der die Ueberzeugung an dem noch zu ändern versteht, kann es keine „richtigen Seiten“ geben.“